

541. der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. Juni 1971,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisations-  
gesetz neuerlich geändert wird (4. Schulorganisationsgesetz-  
Novelle)

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat  
den Entfall der Aufnahmeprüfung in die allgemeinbildenden  
höheren Schulen, eine Bildungsberatung, eine Verlängerung  
des Sistierungszeitraumes der 13. Schulstufe an den allgemein-  
bildenden höheren Schulen und eine Regelung der von der  
Schulreformkommission empfohlenen Schulversuche zum Gegenstand.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 22. Juni  
1971 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen,  
dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der  
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. Juni  
1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisa-  
tionsgesetz neuerlich geändert wird (4. Schulorganisations-  
gesetz-Novelle), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 22. Juni 1971

Dr. Anna D e m u t h  
Berichterstatter

N o v a k  
Obmann